

Beschluss des Deutschlandrates in Regensburg
am 14./15. März 2003

Saddam Hussein entwaffnen!

Transatlantische Freundschaft stärken!

Die Junge Union Deutschlands fordert den irakischen Diktator und Massenmörder Saddam Hussein auf, seine gesamten Massenvernichtungswaffen in Zusammenarbeit mit den VN-Inspektoren zu zerstören. Eine friedliche Lösung des Konfliktes erscheint nur möglich, wenn der Irak vollständig, bedingungslos und unverzüglich alle einschlägigen Resolutionen des VN-Sicherheitsrates erfüllt. Der Irak muss aktiv mit den Inspektoren zusammenarbeiten und ihnen jede Information zu allen noch offenen Fragen geben. Wenn der Irak diese Gelegenheit zur friedlichen Entwaffnung nicht ergreift, trägt er die Verantwortung für alle Konsequenzen.

Die Junge Union begrüßt die entschlossene und unmissverständliche Haltung der USA bei der Durchsetzung der einschlägigen VN-Resolutionen. Nur durch die Aufrechterhaltung des militärischen Drucks durch die USA ist es überhaupt zu ersten Schritten einer Zusammenarbeit des Irak mit den Vereinten Nationen gekommen. Dahingegen hat das Verhalten der deutschen Bundesregierung, die sehr früh unilateral eine militärische Beteiligung sowie die Zustimmung zu einer weiteren Resolution im VN-Sicherheitsrat abgelehnt hat, der Glaubwürdigkeit der internationalen Staatengemeinschaft in der Auseinandersetzung mit Saddam Hussein geschadet. Das Verhalten der deutschen Bundesregierung und namentlich von Bundeskanzler Gerhard Schröder hat somit nicht nur das Verhältnis zu unserem wichtigsten Bündnispartner USA nachhaltig und schwerwiegend beschädigt, sondern sogar einen Krieg wahrscheinlicher gemacht!

Die Junge Union Deutschlands bekennt sich zur transatlantischen Werte- und Verteidigungsgemeinschaft. Nur im Bündnis mit den USA konnten Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit nach 1945 in Westeuropa gegen die kommunistische Terror- und Willkürherrschaft verteidigt werden. Die USA unter Präsident George Bush Senior waren der Bündnispartner, der die deutsche Wiedervereinigung am nachhaltigsten und konsequentesten unterstützt hat.

Zwischen guten Freunden und Verbündeten darf es Kritik und Meinungsverschiedenheiten geben. Diese müssen aber diplomatisch und freundschaftlich ausgetragen werden. Das Vorgehen der deutschen Regierung gegenüber den USA ist in den letzten Monaten nicht immer angemessen gewesen. Auch die USA haben mit ihren Äußerungen nicht immer zur Stärkung des transatlantischen Verhältnisses beigetragen.

Die zentralen Werte der westlichen Demokratie werden auch in Zukunft nur durch ein gemeinsames und entschlossenes Vorgehen Europas und der USA gegen internationalen Terrorismus sowie die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen gesichert werden können. Deshalb ist für die Junge Union Deutschlands klar, dass wir in der gegenwärtigen Auseinandersetzung fest und unmissverständlich auf der Seite der USA und damit auf der Seite der freien Welt stehen.